

Sehr geehrte:r Bauwerber:in,
Grundeigentümer:in, Nachbar:in
und Beteiligte

Recht & Immobilien
Bau- & Straßenrecht, Sicherheit
Baupolizei

Erzherzog Johann-Straße 2
8700 Leoben

Telefon: + 43 3842 40 62-279
Fax: +43 3842 40 62-320
stadtgemeinde@leoben.at
www.leoben.at

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen

Geschäftszahl / Sachbearbeitung / Telefon-DW / Fax-DW / Ihr Zeichen
BAB-2024-36 / Hr. Ing. Rühl / -279 / -320 /

Datum:
19.04.2024

Betreff:

Errichtung eines eingeschossigen Gebäudes als Erweiterung der bestehenden Kinderbetreuungseinrichtung, sowie Vornahme einer Geländeänderung, Kärntner Straße 71

KUNDMACHUNG UND LADUNG

Zur Bauverhandlung

Mit Datum vom 18.03.2024, eingelangt am 27.03.2024, hat die Bauwerberin Stadtgemeinde Leoben - Bildung, 8700 Leoben, Erzherzog Johann-Straße 2, um die Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines eingeschossigen Gebäudes als Erweiterung der bestehenden Kinderbetreuungseinrichtung, sowie Vornahme einer Geländeänderung in Leoben, Kärntner Straße 71, Grundstücke, GstNr 233/3, GstNr 233/20, GstNr 233/22, alle EZ 395, KG 60338 Mühlal, angesucht.

Hierüber werden im Sinne der §§ 39 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz, BGBl 1991/51 idgF, die Bauverhandlung und der Ortsaugenschein für

Donnerstag, den 16. Mai 2024,

mit dem Zusammentritt in Leoben, Kärntner Straße 71, um **09:00 Uhr** angeordnet.

Verhandlungsleiter: Ing. Christian Rühl

Gemäß § 22 Steiermärkisches Baugesetz Abs 2 Z 3 a idgF sind die Grundstücksgrenzen und die Bauplatzgrenzen als Voraussetzung für die Bauverhandlung in der Natur zu kennzeichnen sowie die Lage des geplanten Gebäudes darzustellen. Diese Verpflichtung kann z.B. durch Ausstecken oder Markierung erfüllt werden.

Gemäß § 27 iVm § 25 Steiermärkisches Baugesetz, LGBl 1995/59 idgF, behalten nur die Nachbar:innen Parteistellung, die spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen im Sinne des § 26 Abs 1

Steiermärkisches Baugesetz, LGBl 1995/59 idgF, (subjektiv-öffentlich-rechtliche Einwendungen) erhoben haben. Danach vorgebrachte Einwendungen finden daher im weiteren Verfahren keine Berücksichtigung.

Wenn ein:e Nachbar:in glaubhaft macht, dass er:sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen im Sinne des § 26 Abs. 1 Stmk BauG zu erheben und den kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, kann binnen 2 Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses seine:ihre Einwendungen auch nach Abschluss der Bauverhandlung vorbringen. Eine längere Ortsabwesenheit stellt kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar.

An der Verhandlung teilnehmende Vertreter:innen beteiligter Stellen oder Personen haben sich rechtzeitig mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zu versehen, um bindende Erklärungen bei der mündlichen Verhandlung abgeben zu können. Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können gemäß den oben angeführten Bestimmungen nicht berücksichtigt werden.

Die Nachbar:innen und sonstigen Beteiligten werden eingeladen, sofern sie etwas vorzubringen beabsichtigen, bei der Verhandlung zu erscheinen.

Die für das Verfahren eingereichten Unterlagen, insbesondere das Projekt, liegen bis zum Tage vor der Bauverhandlung während der Amtsstunden im Stadtgemeindeamt, Bau- & Straßenrecht, Sicherheit, zur allgemeinen Einsicht für die Beteiligten und Nachbar:innen auf. Eine Einsichtnahme ist nur nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung (03842/4062-256 oder 391) möglich.

Rü/Gr

Für den Bürgermeister:
Der Referatsleiter.
Mag. Alexander Dirnberger